„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant: 1835 Halifax Street, Regina.

19. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 24. März 1926 | 12 Seiten | Nummer 20

Minister Dunning per Akklamation gewählt

Verspricht Bau der Hudsons Bay-Bahn.

Premier Gardiner von Saskatchewan verteidigt die deutschen Ansiedler.

Verurteilung der konservativen Hetzmethoden.

Regina. — Hon. Chas. A. Dunning, der neue Eisenbahnminister von Canada, konnte am letzten Dienstag, dem letzten Termin für die Nominationen, per Akklamation gewählt erklärt werden. Cornelius Rink, der sich angeblich mit der Absicht getragen haben soll, als unabhängiger Kandidat gegen Dunning aufzutreten, ließ seinen Plan in letzter Minute fallen.

Am Abend des 16. März hatte sich eine große Menschenmenge in der Stadthalle versammelt, um den neugewählten Abgeordneten für Regina lebhaft zu begrüßen.

Minister Dunning

ergriff darauf das Wort zu einer Rede, in der er zunächst allen Wählern des Wahlkreises Regina für ihre einmütige Unterstützung herzlich dankte. Besonders hob er hervor, daß führende Progressive ihm von Anfang an ihre Unterstützung versprochen hatten. Auf die von Arthur Meighen während des letzten Wahlkampfes vorgeschlagenen „Heilmittel" eingehend, bemerkte der Redner, Meighen wolle durch einen möglichst hohen Tarif die Bevölkerung bestehlen. Diese konservative Medizin werde aber im Westen abgelehnt. Bezüglich der Eisenbahnfrage erklärte der Redner, er sei stolz darauf, daß in Saskatchewan seit dem Kriege eine größere Strecke von Zweigbahnen gebaut worden sei, als im ganzen übrigen Canada zusammen. „Das nationale Eisenbahnsystem", so fuhr er fort, „hat eine allmähliche Besserung erfahren, seitdem die Regierung einen Eisenbahnfachmann an die Spitze desselben stellte. Wir haben die niedrigsten Frachtraten in der Welt. Natürlich sind sie trotzdem noch hoch; denn sie sind ebenso wie die Steuern niemals niedrig gewesen. Wir haben stets in der Frachtratenfrage gekämpft, aber zu gleicher Zeit hat kein Land der Welt eine so niedrige Rate wie wir." Hinsichtlich der Verschmelzung der beiden großen Eisenbahnsysteme meinte er, die Bevölkerung sei noch nicht dazu bereit. Die Lösung der Schwierigkeiten liege nicht in der Richtung eines großen Eisenbahnmonopols. Es sei sogar besser, wenn die beiden Eisenbahnen miteinander in Konkurrenz stehen, in der Frage der Frachtraten könnten sie doch nicht in Wettbewerb treten; denn das werde von der Eisenbahnkommission nicht gestattet. Mitunter werde behauptet, infolge der Konkurrenz sei oft das Bestreben vorhanden, Millionen auszugeben. Er werde es als seine Pflicht betrachten, jede Verschwendung zu verhindern. Dunning zollte Sir Henry Thornton von der C.N.R. und dem Präsidenten Beatty von der C.P.R. hohe Anerkennung. Seine Aufgabe werde es sein, dafür zu sorgen, daß jedes der beiden großen Systeme von der Regierung gerecht behandelt werde. Soweit er in Betracht komme, wolle er nichts von einem Eisenbahnmonopol wissen, bis die canadischen Wähler sich klar und eindeutig in dieser Beziehung geäußert hätten.

Besonders bemerkenswert war seine Erklärung, **daß er es als seinen „Job" betrachte, die Hudsons Bay-Bahn zu bauen, und daß er diesen „Job" ausführen werde.** Die Antwort auf die Stellung der Regierung zur Frage der Hudsons Bay-Bahn sei in den $3,000,000 zu finden, die in dem Voranschlag dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet seien. Wenn die Hudsons Bay-Bahn kein großer Transportweg für Weizen und Vieh werde, so sei die Bahn schon allein durch die Erschließung der großen Naturwerte des Nordlandes gerechtfertigt. Dunning wies im Zusammenhang damit auf Archangelsk hin, das vor dem Kriege ein wichtiger Handelsplatz für die arktischen Gebiete und ein bedeutender Mittelpunkt für Schiffsbau geworden sei.

Nachdem der bisherige Abgeordnete für Regina, F. R. Darke, noch eine kurze Rede gehalten hatte, sprach

der neue Premier von Saskatchewan, Hon. J. G. Gardiner.

Er bezeichnete den Westen als die Pflegestätte des Liberalismus und meinte, die Liberalen in allen Teilen Canadas seien sich darüber einig, daß der Liberalismus für die Volksrechte eintrete, ganz gleich, um welche Frage es sich handle. Der Redner kam dabei auch auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Flügeln in der liberalen Partei zu sprechen. Daher halte er es für das Beste, einen Mittelweg einzuschlagen. Jene, die etwas langsam vorangingen, müßten sich etwas beeilen, und jene, die gerne etwas schneller vorwärtsgingen, sollten ihren Schritt verlangsamen. So müsse es gelingen, in allen wichtigen Fragen eine geeinte Front im Interesse des ganzen Volkes herzustellen. Der Premier ging weiterhin auf die Kritik ein, welche gegen die provinzialen Minister wegen ihrer Einmischung in dominiale Angelegenheiten gerichtet worden sei. Er halte es für die Pflicht aller Führer des Volkes, ihre Ansichten jederzeit dem Volke vorzutragen.

Einige Leute in Ostcanada, so fuhr Premier Gardiner fort, wollten nicht verstehen, daß man, um ein guter Canadier zu sein, nicht notwendigerweise in Montreal oder Toronto wohnen müsse. Einige Toryzeitungen im Osten schienen wohl der Meinung zu sein, daß es im Westen keine Canadier gebe. Zur Bestätigung dieser Aussage verlas Gardiner einen Auszug aus einer konservativen Zeitung in Toronto, worin auf Deutsche und Oesterreicher im Blaine Lake-Distrikt hingewiesen wurde, welche angeblich das britische Gefühl durch uncanadische Handlungen verletzten.

„Ich möchte", so rief Premier Gardiner aus, „Herrn Dunning darauf aufmerksam machen, daß er im Osten einer ganz anderen Campaign begegnen wird als wie sie die Konservativen im Westen jemals versucht haben. Im Osten will man gegen ihn Stimmung machen, weil er aus dem Westen kommt. Einigen von diesen östlichen Tories möchte ich zurufen: „Kommt zum Blaine Lake-Distrikt und nehmt in der Nähe von diesen Oesterreichern eine Farm auf und ihr werdet britische Charaktereigenschaften kennen lernen, welche in die starke männliche Rasse Canadas übergegangen sind!" Diese Leute sind tüchtig und fleißig und ihre Kinder gehen in unsere westlichen Erziehungsanstalten und werden echte Westcanadier."

Premier Gardiner wies ferner darauf hin, daß im Westen noch Millionen von Leuten Platz hätten, die wohl von den Deutschen und Oesterreichern noch manches lernen könnten. Die Kinder dieser Einwanderer machten in den Schulen gute Fortschritte und zeichneten sich durch ihr Vorwärtsstreben aus. Auch wandte sich der Premier dagegen, daß in den Schulen, wie das während des Krieges mitunter geschehen sei, nationalistische Hetzereien getrieben würden. Das dürfe nicht geduldet werden.

Ein anderer Auszug aus einer Zeitung des Ostens stellte die Behauptung auf, daß die Stimme eines „Bull Moose" oder eines „Jack Rabbit" vom politischen Standpunkt aus ebensoviel wert sei wie die Stimmen der Fremdgeborenen. Der Premier fragte: „Kann man es für möglich halten, daß so etwas in einer canadischen Zeitung über unser eigenes Volk gedruckt wird? Wer es nicht für möglich hält, sollte einmal eine Toryzeitung aus dem Osten abonnieren und sie täglich lesen. Dann kommt er zu der Ueberzeugung, daß wir im Westen weit mehr Bildung haben als es in einigen Teilen des Ostens der Fall zu sein scheint. Meine Erfahrung hat mich gelehrt, daß wir in Canada in geschäftlicher, politischer und anderer Hinsicht weit mehr voneinander wissen sollten. Dann würden wir unsere nationalen Probleme zum Wohle Canadas leichter begreifen."

Finanzen von Alberta im Gleichgewicht

Erster günstiger Voranschlag des Provinzialschatzmeisters.

Unterbreitung des Berichts der Kohlenkommission

Edmonton. — Der Provinzialschatzmeister, Hon. R. G. Reid, hat in der Legislatur von Alberta sein Budget für das Jahr 1926 unterbreitet, das zum ersten Male seit längerer Zeit ins Gleichgewicht gebracht ist und einen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben in Höhe von $21,989.46 in Aussicht stellt.

In einem Ueberblick über die Tätigkeit der Farmerregierung in den letzten fünf Jahren gab Hon. R. G. Reid die vermutlichen Gesamteinnahmen für 1926 auf $11,699,852.39 und die Ausgaben auf $11,677,862.93 an. Die Schuld der Provinz hat sich um $2,551,888.80 vermehrt oder um den kleinsten Betrag seit 1918. Sie betrug am 31. Dezember 1925 insgesamt $78,463,833.53. Der Provinzialschatzmeister bemerkte dazu, daß die jetzige Regierung es sich von Anfang an zur Aufgabe gemacht habe, eine Sparsamkeitspolitik einzuführen, ohne deswegen notwendige öffentliche Leistungen zu unterbinden.

* * *

Die seit längerer Zeit in Tätigkeit befindliche Kohlenkommission hat ihren Bericht unterbreitet. Wenn die Legislatur ihrer Empfehlung nachkommt, wird ein provinziales Bergbauministerium dem bisherigen Kabinett hinzugefügt. Ferner soll sich die Regierung mit der Absicht tragen, einen Kohlenkommissar zu ernennen, welcher das Bergbauministerium in seiner Tätigkeit unterstützen soll. Die Kommission schlug weiterhin einen beratenden Ausschuß für die Kohlenindustrie vor.

Der Bericht befaßt sich sehr eingehend mit allen Phasen des Kohlenbergbaus. Zweidrittel der in Alberta eröffneten Gruben sind wieder unter schweren Verlusten aufgegeben worden. Die noch offen gebliebenen Gruben können wenigstens 1½ der gegenwärtigen Nachfrage befriedigen. Verschiedene Bergwerksunternehmungen sollten sich nach Ansicht der Kohlenkommission verschmelzen. Vom Standpunkt der Arbeiter wird die zeitweilige Arbeitslosigkeit als ernstestes Problem betrachtet. Zur Behebung dieses Zustandes sollten neue Märkte für die Kohle erschlossen und eine Ueberproduktion vermieden werden. Ferner sollte eine genossenschaftliche Kohlenvermarktung eingeführt werden. Ontario gilt als aussichtsreicher Markt für Albertakohle. Auch in Manitoba könne noch guter Absatz gefunden werden.

Die Besteuerung in Canada und in anderen Ländern

Finanzminister Robb erwidert auf Kritik eines Konservativen

Zollminister verlangt bessere Schmuggelbekämpfung.

Ottawa. — Hon. J. A. Robb, der canadische Finanzminister, beantwortete im Unterhaus einige kritische Bemerkungen von T. L. Church, dem konservativen Abgeordneten von N.-W.-Toronto, der Canada als das am meisten überregierte Land der Welt bezeichnete. Church wandte sich besonders dagegen, daß die Bundesbehörden in das Gebiet der Munizipalitäten eingedrungen seien, wodurch eine Verdoppelung der Einkommensteuer entstanden sei. In den Ver. Staaten werde ein Einkommen von $3000 mit $7 und in Canada mit $40 besteuert. In den Ver. Staaten bezahle man für $5000 nur $37, in Canada dagegen $126. Die Steuer für ein Einkommen von $10,000 belaufe sich in den Ver. Staaten auf $101 und auf $619 in Canada.

Minister Robb kam auf die Schwierigkeiten seines Ministeriums zu sprechen, das Einnahmen für alle möglichen Ausgaben beschaffen solle und zur selben Zeit kritisiert werde, wenn es Steuern erhebe. Herr Church habe sich selber für weitere Ausgaben für öffentliche Arbeiten in Toronto und für eine Arbeitslosenunterstützung im ganzen Lande ausgesprochen. Steuern seien nie beliebt. Jeder möchte sie vermindert sehen und manche Leute suchten nach den geistreichsten Methoden, um sie zu umgehen. Canada habe sich eben während des Krieges gewisse Ausgaben und Verpflichtungen auferlegt. Diese Tatsache dürfe nie übersehen werden. Die Kriegsschulden seien noch nicht bezahlt und würden daher Canada für viele weitere Jahre belasten. Canada sei nicht derart besteuert, daß deswegen jemand das Land zu verlassen brauche. Tatsächlich stehe die Dominion noch besser da als jedes andere Land, das am Kriege teilgenommen habe. In Canada treffen an Steuern auf den Kopf der Bevölkerung $66.11, in Australien $69.68, in Großbritannien $97.12 und in den Ver. Staaten $67.39. Mit anderen Worten, auf den Kopf der Bevölkerung träfen in Canada weniger Steuern als in den Ver. Staaten. Seitdem die Regierung im Amte sei, habe sie jedes Jahr eine Verminderung der Ausgaben und des Voranschlages erzielt. Die Verkaufssteuer auf gewisse Lebensmittel sei herabgesetzt, und für andere Waren ganz beseitigt worden. Er hoffe, noch weitere Steuerermäßigungen erreichen zu können.

* * *

Ein weiterer Minister, der im Laufe der letzten Woche das Wort zu einer Rede ergriff, war Hon. G. H. Boivin, der Zollminister. Er erklärte, es sei sein Wunsch und seine Absicht, alle Empfehlungen des gegenwärtig tagenden Komitees zur Untersuchung des Schmugglerunwesens auszuführen. Der besondere Ueberwachungsdienst, den man im letzten Jahre mit einer Genehmigung von $350,000 eingesetzt habe, arbeite nicht befriedigend. 40 von den 67 Angestellten würden entlassen und etwa 260 Mann eingestellt und auf die einzelnen Provinzen verteilt werden. Diese 260 Leute sollten nicht nur zur Grenzpatrouille, sondern auch zur Ueberwachung der Knotenpunkte verwendet werden. Ferner sollte die Zahl der Wachschiffe an den beiden Küsten vermehrt werden. Auf diese Weise hoffe er, das Schmugglerunwesen besser bekämpfen zu können.

Ein Canadier Präsident der Saar-Kommission

Völkerbundsrat ernennt George Washington Stephens von Montreal zum Nachfolger des Franzosen Victor Raoult.

Genf, 20. März. — Der Völkerbundsrat ernannte Major George Washington Stephens von Montreal, Canada, zum Präsidenten der internationalen Verwaltungs-Kommission des Saarbeckens. Stephens, der bereits Mitglied der Kommission ist, wird Nachfolger des Franzosen Victor Raoult, dessen Amtstermin abgelaufen ist.

Von der deutschen Bevölkerung des Saarlandes war ein Wechsel im Verwaltungspräsidium entschieden gefordert worden, und zwar unter Hinweis auf die vielen Uebergriffe und Mißstände, die dem französischen Verwaltungspräsidenten zur Last gelegt sind. Frankreich hatte seinen Einfluß aufgeboten, um Raoult weiter im Amte zu halten und unter anderem geltend zu machen gesucht, daß die Uebertragung des Saarpräsidiums an einen Nichtfranzosen das französische Ansehen schmälern würde. Ein Wechsel an leitender Stelle aber war umso mehr angebracht, als die Bevölkerung des Saargebiets auf die Abstimmung über die Frage, ob sie Deutschland weiter zugehören oder sich Frankreich anschließen wolle, vorzubereiten ist.

Der Vorsitzende der Saarkommission wird nach Paragraph 18 des Saarstatus von dem Völkerbundsrat aus den Mitgliedern der Kommission für die Dauer eines Jahres ernannt. Doch hatten die Franzosen es fertig gebracht, Raoult fünf Jahre lang im Amte zu halten.

General Brussilow gestorben

Moskau, 20. März. — General Alexis A. Brussilow, der frühere Oberkommandierende der südlichen Streitkräfte zur Zeit des verstorbenen Zaren Nikolaus, starb an den Folgen einer Lungenentzündung. Er wurde vor zwei Jahren aus dem Dienste der bolschewistischen Armee entlassen, in welcher er Oberinspektor der Kavallerie war, und es wurde ihm eine Pension von $150 monatlich gewährt.

Er war einst der Günstling Nikolaus II., doch als die Revolution des Jahres 1917 ausbrach, wandte er sich gegen den Kaiser und war dabei behilflich, dessen Abdankung zu erzwingen. General Brussilow hatte einen Sohn, der in der Weißen Armee, und einen andern, der in der Roten Armee diente. Beide wurden im Kampfe getötet.

Verurteilung von ungarischen Banknotenfälschern

Haag, Holland, 20. März. — Die drei Ungarn, deren Verhaftung hier im Dezember vorigen Jahres den großen Frank-Fälschungsskandal in Budapest enthüllte, wurden wegen Verbreitung gefälschter französischer Banknoten gerichtlich verurteilt.

Das Straferkenntnis lautete: Oberst von Jankowitsch, 3 Jahre, Dr. Marschowsky und Georg Mankowicz, je 2 Jahre Gefängnis.

Drusen vernichten französische Truppenabteilung

Beirut, Syrien, 22. März. — Eine Abteilung französischer und senegalesischer Truppen, die sich auf dem Marsche von Karabkale nach Rachaya befand, wurde von drusischen Volksstämmen aus dem Hinterhalte überfallen und fast alle Mitglieder der Truppenabteilung wurden getötet. Nur wenigen gelang es zu entfliehen und sich mit ihren Kameraden in Rachaya zu vereinigen. Sie berichteten, daß die Drusen die Verwundeten auf dem Felde erschlagen hätten.

Eine französische Aufklärungstruppe griff später die Drusen an und fügte ihnen schwere Verluste zu.

Die Franzosen geben die Zahl ihrer bei dem Ueberfall getöteten Soldaten mit 50 an.

Canada und die britische Außenpolitik

Ottawa. — J. S. Woodsworth, der Arbeiterabgeordnete von Winnipeg, hat im Unterhaus einen Antrag eingebracht, der fordert, **daß Canada jede Verantwortung für Verwicklungen, welche sich aus der auswärtigen Politik Großbritanniens ergeben, ablehnen soll.**

Premier Mackenzie King hielt es in Anbetracht der damals gerade in Genf stattfindenden Völkerbundsverhandlungen nicht für angemessen, sofort in die Debatte darüber einzutreten, doch soll der Antrag sobald als möglich besprochen werden. Auch der konservative Führer Arthur Meighen schloß sich dieser Auffassung an.

* * *

Henri Bourassa, der unabhängige Abgeordnete von Labelle, und der konservative Führer Arthur Meighen fragten den Premier hinsichtlich der Stellung Canadas zum Locarnopakt. Auch darüber sollte erst nach Schluß der Verhandlungen in Genf debattiert werden, lautete die Antwort des Premier. Ferner teilte er mit, daß es der Wunsch der britischen Regierung sei, gewisse vertrauliche Korrespondenzen mit fremden Regierungen nicht der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Tschechische Regierung tritt zurück

Prag, 20. März. — Das tschechoslowakische Kabinett unter Ministerpräsident Anton Schwehla hat resigniert.

Die Existenz der Koalitionsregierung war seit den letzten Wahlen eine sehr unsichere. In den Wahlen hatten die Regierungsparteien statt der früheren 164 Abgeordneten nur 146 durchbringen können. Nur durch Hinzutreten der bis zu den Herbstwahlen in der Opposition gestandenen tschecho-slowakischen Gewerbepartei, die zu ihren 6 Mandaten 7 hinzugewonnen hatte, konnte wieder eine tschechische Regierungspartei gebildet werden, die 159 Abgeordnete umfaßte. Die Opposition ist 141 Abgeordnete stark, darunter 71 Deutsche.

Trotzdem die deutsche Einheitsfront durch die Schuld der deutschen Sozialdemokraten, die mit den übrigen Parteien nicht zusammengehen wollten, nicht zustandegekommen war, hatte sich in der letzten Wahl die Zahl der Stimmen der Deutschen von 1,586,066 auf 1,714,533 erhöht.

Von Berlin nach Wladivostock

Moskau, 20. März. — Der Weltrekord für Handelsflüge auf weite Entfernung wird erreicht, wenn der Aero Lloyd, eine deutsche Gesellschaft, und die deutsch-russische Aktiengesellschaft ihren Flugdienst von Berlin nach Wladivostok einführen. Die Gesellschaft will diese Strecke von sechstausend Meilen in fünfzig Stunden durch Tag- und Nachtflüge zurücklegen.

Vater des amerikanischen Präsidenten gestorben

Plymouth, Vt., 19. März. — Col. John C. Coolidge, der Vater des Präsidenten, ist gestern Nacht 10:41 Uhr gestorben. Er wäre in zwei Wochen 81 Jahre alt geworden. Seit einem schweren Anfall von Herzleiden vor einer Woche sanken die Kräfte. Um 10 Uhr gestern Nacht erkannten der Arzt und die Pflegerin, Frau Johnson, daß das Ende unmittelbar bevorstehe. Zuletzt schien der betagte Patient in Schlaf zu fallen. Er litt keine Schmerzen. Nach der Mitteilung, daß der Tod seines Vaters nahe, war der Präsident nach dem Heim seiner Jugendzeit abgereist. Dem Kranken wurde gestern spät mitgeteilt, daß sein Sohn unterwegs sei. Er nickte leicht mit dem Kopf und Dr. Cram sagte, er glaube, daß er die Botschaft verstanden habe.

New Haven, Conn., 19. März. Präsident Coolidge erfuhr die Kunde vom Ableben seines Vaters kurz vor der Ankunft hier. In Bridgeport wurde ein Telegramm von Sekretär Sanders im Weißen Hause auf den Zug gebracht. Die Botschaft wurde sofort dem Präsidenten zugestellt, der sich zurückgezogen hatte, aber noch nicht schlief. Frau Coolidge wurde dann aufgeweckt und benachrichtigt.

Peking unter Standrecht

Peking, 19. März. — Nach einem Zusammenstoß zwischen Soldaten der Präsidenten-Wache und verschiedenen tausend demonstrierenden Studenten, wobei viele ums Leben kamen, ist Peking heute tatsächlich unter Standrecht. Oeffentliche Versammlungen sind verboten. Die Studenten wollten heute eine Versammlung im Freien abhalten, um den Rücktritt des Präsidenten Tuan Chi-Jui und seine Vertreibung aus dem Lande zu verlangen. Nach Berichten über den gestrigen Zusammenstoß steht die Totenzahl jetzt auf 33.

Koran wird ins Türkische übersetzt

Konstantinopel, 20. März. Die türkische Republik wird die erste offizielle Uebersetzung des Koran vornehmen lassen. Dieses heilige Buch der Moslem, das in arabischer Sprache geschrieben ist, ist nur den Priestern und Gelehrten in der Türkei verständlich. Bisher waren zwei unoffizielle Uebersetzungen ins Türkische angefertigt worden, doch beide sind ungenau und unvollständig.

Wenn die neue Uebersetzung fertiggestellt ist, werden von der Regierung Freiexemplare unter die Bevölkerung verteilt werden. Auf diese Weise wünscht die Regierung dem ihr von Anhängern des gestürzten Kalifen gemachten Vorwurf der Gottlosigkeit zu begegnen.

Das Fiasko des Völkerbunds

Deutschlands Aufnahme an Brasiliens Starrköpfigkeit gescheitert

Chamberlain und Briand alsdie „blamierten Europäer".

Genf. — Die Vollversammlung des Völkerbundes hat beschlossen, die Abstimmung über die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bis September zu verschieben.

Dieser Beschluß wurde gefaßt, nachdem der brasilianische Hauptdelegat Afranio Mello Franco erklärt hatte, daß die Entscheidung seiner Regierung, gegen die Gewährung eines ständigen Sitzes im Ligarat an Deutschland zu stimmen, falls nicht Brasilien zu gleicher Zeit ebenfalls einen ständigen Sitz erhalte, unwiderruflich sei.

Der brasilianische Delegat sagte, Brasilien sei überzeugt, daß die Rekonstruktion des Ligarates alle Staaten angehe und daher die Ansicht eines jeden gehört werden soll. Brasilien sei an dem in Locarno vollbrachten Friedenswerk tief interessiert, da es einer der Pioniere für die schiedsgerichtliche Entscheidung von Streitfragen war, aber es sei der Ansicht, daß das Werk von Locarno seinen Platz in der Struktur der Liga finden sollte und nicht, daß die Liga als ein Teil der politischen Maschinerie von Locarno existieren sollte.

Höflichkeitshalber bemerkte Franco, daß Brasilien sehr bedauere, „daß die große deutsche Nation" nicht sofort in den Völkerbund eintreten könne, er erklärte aber, daß die Instruktion seiner Regierung, gegen die Zuweisung eines ständigen Sitzes im Ligarat an Deutschland zu stimmen, unwiderruflich und endgültig sei.

Sir Austen Chamberlain sagte, es wäre notwendig, die Wahl Deutschlands in die Liga bis September zu verschieben, da Deutschlands Anspruch auf einen ständigen Ratssitz sofort bei seiner Aufnahme in den Völkerbund gerecht und billig sei. Die Erklärung des Vertreters Brasiliens zeige, daß die Mitglieder des Rates nicht in der Lage seien, Deutschland in dieser Sache die Zusicherung auf einen ständigen Sitz zu geben.

Als Sir Austen der „Großherzigkeit Schwedens und der Tschecho-Slowakei, ihre nichtständigen Sitze im Rate aufzugeben, um eine Beilegung der Krisis zu ermöglichen" Erwähnung tat, brach die Versammlung in anhaltenden Beifall aus. Sir Austen fuhr dann fort:

„Es ist wirklich eine Tragödie, daß, nach Bekundung eines solchen Edelmutes die zur Zuweisung eines ständigen Sitzes an Deutschland erforderliche Einstimmigkeit des Rates dennoch nicht erzielt werden konnte. Dies ist für mich eine bittere Enttäuschung, aber ich bin sicher, daß die Verschiebung der Annahme des Aufnahmegesuches Deutschlands nur eine zeitweilige sein wird. Ich bin überzeugt, daß die große deutsche Nation in der September-Versammlung ihren rechtmäßigen Platz im Völkerbund einnehmen wird."

Hierauf ergriff der französische Premier Briand das Wort, dem die Versammlung beim Erscheinen auf der Redner-Tribüne eine große Ovation bereitete. Auch er drückte das Bedauern über die Lage aus und erklärte, überzeugt zu sein, daß ein Ausweg aus dieser Sackgasse gefunden werden wird, ohne das Friedenswerk zu beeinträchtigen. Er befürwortete eine Reform der Struktur der Liga, damit ein Fall, wie der, der sich jetzt ereignete, nicht wieder vorkommen könne. Briand stellte dann den Antrag, die Vollversammlung möge ihr Bedauern ausdrücken, daß der Ligarat nicht imstande war, zu einer Einigung zu gelangen, aber der Hoffnung Ausdruck geben, daß es möglich sein werde, die Schwierigkeiten bis zum September zu überwinden, damit Deutschland in die Liga eintreten könne.

Vizegraf Ishii von Japan, der Präsident des Ligarates, kündigte an, daß er im Ligarat die Schaffung einer besonderen Kommission [illegible]

(Fortsetzung auf Seite [illegible])

KODAK SAFETY